

Die geplanten Zentralen Unterbringungseinrichtungen (ZUE) in Gladbeck und Oeventrop zeigen, dass die Migrationspolitik gescheitert ist!

Von Enxhi Seli-Zacharias MdL

In unserer direkten Nachbarschaft soll das 4-Sterne-Hotel Van der Valk in Gladbeck, im Naherholungsgebiet Wittringen, umgewidmet werden und als Unterkunft für – je nach Quelle – 620 bis 1.112 Asylsuchende, in erster Linie aus den Asyl-Hauptherkunftsländern im Nahen Osten, dienen. Die Kosten für den Steuerzahler sollen 1 Mio. Euro betragen – im Monat wohlgemerkt und das über eine Vertragslaufzeit von 10 Jahren! Da die Anwohner und mittlerweile auch alle im Rat der Stadt Gladbeck vertretenen Fraktionen das nicht wollen, spart man sich von Seiten der Bezirksregierung Münster eine dringend notwendige Bürgerbeteiligung und bindet die Stadt im weiteren Prozess nicht mehr ein.

Die Landesregierung prüft landesweit aktuell 40 Immobilien um diese in zusätzliche ZUE umzuwandeln. Das Hauptproblem stellt momentan eine stark anwachsende Zahl illegaler Einreisen dar, was sich in der Anzahl der Asyl-Erstanträge deutlich widerspiegelt. Diese erhöhten sich im ersten Halbjahr 2023 um 77.688 Personen oder umgerechnet 92%! Solange Deutschland illegale Einreisen nicht konsequent verhindert, wird das Unterbringungsproblem immer weiter anwachsen. Zusätzlich sind die integrationspolitischen, logistischen und finanziellen Grenzen in den Kommunen längst überschritten.

Die Lösung liegt in Form eines Strategiepapiers der Deutschen Polizeigewerkschaft längst auf dem



Was passiert, wenn die Bürger beteiligt werden, zeigte sich in Oeventrop. Hier sollte ein ehemaliges Kloster angemietet und in eine ZUE mit 450 Plätzen umgebaut werden, wohlgemerkt mitten im Wohngebiet in einem Ort mit lediglich 6.200 Einwohnern. Der ortsansässige Immobilienbesitzer machte noch während einer Informationsveranstaltung einen Rückzieher und verzichtete auf das für ihn lukrative Geschäft. Der Widerstand der Anwohner war zu groß.

Tisch, scheitert aber am Willen zur Umsetzung durch eine unbelehrbare Bundesinnenministerin, Nancy Faeser. Zu den Maßnahmen gehören u. a. eine Notifizierung der deutschen EU-Binnen Grenzen, Grenzkontrollen, Gewahrsamszentren und Zurückweisungen an der Grenze im Falle von illegalen Einreisen. Zur Erinnerung: Da Deutschland von sicheren Drittstaaten umringt ist, beträgt die „Obergrenze“ auf dem Landweg grundsätzlich „Null“.



Weshalb die Sicherheit in unseren Freibädern keinen Aufschub duldet



Von Jan Preuß MdLV

Die Freibadsaison ist in vollem Gange, und während viele Menschen in Gelsenkirchen sich nach Erfrischung und Entspannung sehnen, müssen wir uns ernsthaften Sicherheitsbedenken stellen. Es ist nicht zu leugnen, dass die Sicherheit in unseren Freibädern in den letzten Jahren erheblich abgenommen hat. Die Vorfälle, die sich in ganz Deutschland ereignet haben, sind nicht nur beunruhigend, sondern auch ein Weckruf für uns alle.

Die Freibäder, einst ein Ort der Erholung und des Vergnügens, sind für viele zu einem Ort der Angst und Unsicherheit geworden. Berichte über gewalttätige Ausschreitungen und sexuelle Belästigungen erzeugen ein unsicheres, bedrohliches Gefühl. Eltern können ihre Kinder nicht mehr ohne Sorge ins Freibad schicken. Es hat sich eine aggressive Macho-Kultur breitgemacht, die sich nicht an Regeln hält. Es zeigt sich vermehrt ein eindeutiges Bild: Junge Männer mit Migrationshintergrund stehen im Mittelpunkt der Vorfälle. Es werden Bademeister angegriffen, Mädchen und Frauen werden Opfer sexueller Gewalt, und sogar junge Mütter werden von Jugendlichen verprügelt, um nur einige der beunruhigenden Vorfälle, die sich in den letzten Monaten ereignet haben, zu nennen.

Auch in Gelsenkirchen berichten Bürger von Vorfällen und einem Gefühl der Unbehaglichkeit. Die Situation hat sich so verschlechtert, dass viele lieber auf den Freibadbesuch verzichten, als sich oder ihre Kinder dieser potentiellen Gefahr auszusetzen.

Vor diesem Hintergrund haben wir als AfD-Fraktion im Stadtrat einen Antrag gestellt, der diese Probleme in den Fokus rücken und angehen soll. Doch obwohl jetzt der Höhepunkt der Freibadsaison ist, wurde unser Antrag in den Ausschuss verwiesen, der erst Mitte

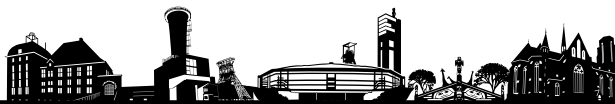
September tagt. Dass in diesem Jahr nun nichts mehr geschehen wird, liegt auf der Hand - und wir finden es unverantwortlich. Die Sicherheit unserer Bürger sollte immer an erster Stelle stehen, und es gibt keinen Raum für Verzögerungen oder Bürokratie, wenn es um das Wohlbefinden und die Sicherheit unserer Gemeinschaft geht.

Wir fordern dringend, dass die Sicherheit in unseren Freibädern sofort angegangen wird. Es ist an der Zeit, dass wir präventive Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass unsere Freibäder wieder zu einem sicheren und einladenden Ort für alle werden. Jeder Bürger, unabhängig von Alter, Geschlecht oder Herkunft, muss die Freibäder ohne Angst oder Bedenken besuchen können.

Wir können jetzt die notwendigen Schritte unternehmen, um sicherzustellen, dass unsere Bäder für alle ein Ort ohne Angst werden. Denn es gibt keinen Aufschub, wenn es um die Sicherheit unserer Gemeinschaft geht.

Euer
Jan Preuß

Vorsitzender AfD-Ratsfraktion



Rassismus gegen Weiße

– jetzt auch vor unserer Haustür und finanziert mit unseren Steuergeldern



Öffnungszeiten



Leichte Sprache

Öffnungszeiten

Dienstag – Sonntag sowie an Feiertagen 10–18 Uhr (Shop ab 11 Uhr)

Letzter Einlass 17.30 Uhr

Geschlossen: montags (außer an Feiertagen)

Bitte beachten Sie: **Jeden Samstag von 10–14 Uhr ist die Ausstellungswerkstatt "Das ist kolonial." für BIPOC (Black, Indigenous, and People of Color) reserviert.**

Quelle: Website zeche-zollern.lwl.org/

Von Jan Preuß MdLV

Nein, der Titel ist keine Provokation und auch kein Köder, der zum Lesen eines eigentlich weniger interessanten Textes dienen soll. Er spiegelt tatsächlich die Realität im Ruhrgebiet im Jahre 2023 wider. Dabei kann man nur schockiert und entsetzt sein über die jüngsten Entwicklungen im Museum Zeche Zollern, einer Einrichtung des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe (LWL) in Dortmund. Ich bin selbst Mitglied der Landschaftsversammlung, also des höchsten Gremiums des LWL, und außerdem stellvertretendes Mitglied im dortigen Kulturausschuss, der für die Museen in LWL-Trägerschaft zuständig ist. Daher war es mir ein besonderes Anliegen, als uns durch den Hinweis eines besorgten Bürgers bekannt wurde, dass Menschen mit weißer Hautfarbe samstags bis 14.00 Uhr der Zugang zu einer Ausstellung verwehrt wird. Die Begründung dafür ist ebenso absurd wie diskriminierend: Man spricht von einem „Safer Space“. Hier gibt es keinen Interpretationsspielraum des Wortes, nein, die Bedeutung ist klar: Menschen, die eine andere Hautfarbe als Weiß haben, sollen vor Weißen geschützt werden. Dies stellt Weiße nicht nur unter Generalverdacht, sondern diskriminiert sie ganz öffentlich, indem ihnen aufgrund ihrer Hautfarbe weniger Rechte im Museum Zeche Zollern zugestanden werden

als Menschen anderer Hautfarbe. Für mich verstößt dies nicht nur gegen das Grundgesetz und gegen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz, sondern erfüllt schon den Tatbestand der Volksverhetzung. Dieser Vorgang muss strafrechtlich überprüft werden und ich werde alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um sicherzustellen, dass so etwas nie wieder passiert. Aus diesem Grund habe ich auch bereits Strafanzeige gegen die zuständigen Stellen erstattet.

Es ist unvorstellbar, dass in einer öffentlichen Einrichtung, die vollständig durch unsere Steuergelder finanziert wird, eine derartige Diskriminierung stattfindet! Dies erinnert uns an dunkelste Kapitel der Geschichte, wie die Apartheid und Rassentrennung. Es ist schlichtweg Rassismus gegen Weiße und ein Angriff auf die Grundwerte unserer Gesellschaft.

Wir können und werden diese Situation allerdings nicht unkommentiert lassen. Die Konsequenzen für diesen ungeheuerlichen Vorgang können nur der Rücktritt der Museumsdirektion und die sofortige Beendigung der Zusammenarbeit mit der Kuratorin dieser Ausstellung, Dr. Barbara Frey sein. Zudem erwarten wir zumindest eine Entschuldigung der für Kultur zuständigen Landesrätin Dr. Barbara Rüschoff-Parzinger.

Wir werden dieses Thema auch im gesamten LWL thematisieren und an die Öffentlichkeit bringen. Um alles zu dokumentieren, haben Journalisten ein Video auf dem Gelände des Museums gedreht, das die Vorwürfe bestätigt. Über den QR-Code gelangt ihr zu diesem Video.

In Zeiten, in denen sich kaum noch eine Partei um die Rechte und Nöte der einheimischen Bevölkerung sorgt, sind wir eure Stimme, um sicherzustellen, dass Gerechtigkeit und Gleichheit für alle Bürger gewahrt bleiben. Wir werden nicht ruhen, bis dieser Fall geklärt ist und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Es ist unsere Pflicht, die Grundwerte unserer Gesellschaft zu verteidigen - und das werden wir mit aller Entschlossenheit tun.

Euer Jan Preuß

Mitglied der Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe